

Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung und Provinzial-Anzeiger erscheint täglich, Vormittags 11 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Alle
k. Postämter nehmen
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
25 Silbergroschen,
in allen Provinzen
der Preussischen Monarchie
1 Thlr. 1/4 sgr.
Expedition:
Krautmarkt N^o 1053.

Im Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbart's Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. S. G. Effenbart.

No. 77. Mittwoch, den 3. April 1850.

Berlin, vom 2. April.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Provinzial-Steuer-Direktor, Wirklichen Geheimen Ober-Finanzrath Böhlen-dorff zu Stettin, den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub; dem Domainen-Rath Lügeler zu Köln den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem dienstleistenden Adjutanten beim General-Kommando des 3ten Armee-Corps, Secunde-Lieutenant von Rauch, vom Regiment Garde du Corps, den St. Johanniter-Orden; dem Reich-Geschworenen Hannemann zu Klein-Mausdorf, das Allgemeine Ehrenzeichen; so wie dem Pionier Milger der zweiten Pionier-Abtheilung die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen; und die von der Akademie der Wissenschaften getroffene Wahl des Physikers J. V. Biot zu Paris zum auswärtigen Mitgliede der Akademie zu bestätigen.

Deutschland.

Rundschau.

(Fortsetzung.)

Stettin. England hat seine Politik nicht geändert, es schaltet fort als großer Welt-Kaufmann, und nimmt danach seine Maßregeln gegen diejenigen Staaten, welche sich von ihm Alles gefallen lassen müssen, weil sie nicht eine ebenso große Flotte auf das Meer schicken können; es verschließt durch Schutzzölle dem freien Handel seine Häfen, es concurrirt mit der Wohlfeilheit seiner Fabrikate mit allen Nationen und verdirbt dem Inlande den Markt, es sucht neue Handelsplätze und erobert sich an allen Küsten neue Gibraltar's, es treibt schonungslos seine Schulden ein, es legt Griechenland die Zwangsjacke an und saugt ihm das Blut aus den Lebensadern, es verfolgt seine schlaue Politik in der dänisch-schleswigschen Frage, es rät, es hilft, es verspricht und verweigert, es schmeichelt und droht, je nachdem es seinem Handel ersprießlich ist; aber wie der Würfel auch falle, ob zum Kriege oder Frieden, England gewinnt immer; was es selbst an dem Ostsee-Handel einbüßt, das gewinnt es durch die Niederlage unferer Handels, unferer Schiffe, eine Blockade der Ostseehäfen ist für England keine; der Schaden der übrigen Nationen ist sein Gewinn. Auf Frankreichs Vorstellungen hat es die Blockade Griechenlands gemildert, ohne den drückenden Alp dem Ländchen abzunehmen, elf Schiffe hat es herausgegeben, die übrigen behalten, und preßt und ängstigt das Volk, bis es seinen letzten Blutstropfen hergiebt. Es betreibt seine großartige Welt-ausstellung mit aufopferndem Eifer, aus nationalem Patriotismus, ebenso sehr um seinem Handel abzuhelfen, als um seinem Ehrgeiz zu fröhnen. Es schmeichelt, ladet ein alle Nationen, sie gehen in die Falle, um Englands National-Triumph in der Industrie über alle Völker mitfeiern zu helfen. Und ein deutscher Fürst, der Gemahl der Königin, ist die Seele des Ganzen. Die Stelle eines Lordlieutenants von Irland hat es eingegeben lassen nicht ohne des letzteren lebhaften Widerspruch, weil dieses fühlte, daß es gleich wie Schottland nur immer mehr zur Provinz herabsinken soll. Die Frage über Abschaffung der Maßregeln zur Unterdrückung des Sklavenhandels, eine Idee, die aus einem edlen Herzen hervorging, hinter deren Verwirklichung jedoch England auch hauptsächlich seine Handelspolitik versteckt, wurde in dem Parlament mit Eifer angefochten; es wurde nachgewiesen, daß diese Maßregel jährlich 700,000 Pfd. koste und den Sklavenhandel nicht verringere, sondern vermehre, ja die Grausamkeit desselben wider Willen befördern helfe. Man hat diesen Vorstellungen jedoch nicht Raum gegeben; es ist mit dieser Abhülfe wie mit jeder Arznei, sie hat auch ihr Uebles im Gefolge. Die Freihandelsmänner und die Schutzzöllner führen auch in England den Kampf unverdrossen fort, ohne daß der Sieg sich bis jetzt entschieden auf eine Seite neigte. Die deutschen Unionsbestrebungen sieht England mit neidischem Auge an; es würde sich vielleicht davor fürchten, wenn es nicht wüßte, daß die Deutschen stärker in der Idee, als in der Praxis sind; darum hoffen die Engländer, was sie wünschen, daß der Erfurter Reichstag erfolglos sein möge.

Spanien und Portugal haben gegenwärtig wenig politische Bedeutung, sie spielen ihre Kabinetts- und Kammer-Intriegen fort. Isabella ist populärer geworden durch ihre mütterlichen Hoffnungen. Die in Portugal gegen den Grafen Thomar eingefädelt, Intrigue ist ohne Nachtheil für ihn geblieben. Karlistische Verschwörungen, die man in Spanien bemerken wollte, sind ohne Einfluß gewesen.

Holland hat durch die bevorstehende Vermählung einer Prinzessin mit dem Kronprinzen von Schweden neue verwandtschaftliche Verbindungen angeknüpft. Belgien ist ruhig und schreitet im Gewerbe, Industrie und Handel rüstig fort.

Schweden und Norwegen betheilt sich nur durch Unterhaltung von Truppen in Schleswig an der auswärtigen Politik, im Innern trägt

es sich mit einzelnen religiösen und sozialen Fragen, die auf das Ganze keinen hemmenden Einfluß üben.

Dänemark ist noch immer von Parteiwuth zerrüttet. Die demokratische Partei sucht den Frieden zu vereiteln, während die Noth des Volkes von Tage zu Tage steigt. Zu ohnmächtig, um einen Krieg anzuhalten, will es doch von der Besorgniß, welche es durch Kriegesgefahr zu erregen sucht, bei einem dem Lande selbst so erwünschten Frieden so viel als möglich gewinnen. Daß es sich hierbei auf fremde Mächte stützt, ist bekannt. In seinem Verfahren gegen die Herzogthümer zeigte es wenig Billigkeit, und das dänische Volk ist giftig auf Alles, was deutsch heißt und nährt seinen Haß durch die ausschweifendste Pöbelhaftigkeit. Der König ist eben bedenklich erkrankt. Sein Tod könnte nur die Angelegenheiten noch mehr verwickeln. Ohne Zweifel müßte dann ein europäischer Congreß das Ganze ordnen, wenn nicht ein europäischer Krieg daraus entstehen sollte.

Rußland blickt wachsam nach Westen und Süden und führt im Bewußtsein seiner Stärke in der Diplomatie eine anmaßende Sprache, die neulich in Frankfurt und selbst vom preussischen Ministerium eine ernste Zurückweisung hervorrief. Gerüchte von großartigen Kriegsrüstungen, Truppenbewegungen, Einrücken kommen und verschwinden; Aeußerungen des Kaisers von nothwendigen Maßregeln, die er in Bezug auf Preußen selbst bedauernd und beweine, werden umhergetragen, um die Gemüther in Spannung zu versetzen, doch scheinen dies Alles nur leere Gerüchte zu sein. Rußland kann selbst keinen Krieg wünschen oder herbeiführen, sein Blut hört noch nicht auf zu fließen im Kampfe gegen asiatische Nachbarvölker, mit beträchtlichem Verlust mehr durch Krankheit als durch Schlachten ist es aus Ungarn heimgekehrt; es lauert im Innern seine Verräthe, Polen steht fanatisch auf der Lauer, und die Großmächte möchten ihm schwerlich etwas Schlimmes nicht gönnen. Bricht ein Krieg los, so wird Rußland nicht fehlen, um sich die Stücke zu nehmen, auf welche es längst seine Blicke heftet. Das sind die Donau-Fürstenthümer, die es noch nicht hat, vielleicht die Türkei und Griechenland. Rußland ist umringt von mächtigen Feinden, Deutschland und insbesondere Preußen darf es nicht fürchten, vielmehr wird das letztere in gerechter Sache bei allen Nothen an Rußland einen starken Freund haben.

Die Türkei schreitet fort in ihrem allmählichen Auflösungsprozeß, ihr ganzes Wesen ist morsch und faul, das Alte kann es nicht abstreifen, das Neue will ihm nicht passen, sein fanatischer Glaube unterdrückt jeden edlern Aufschwung der Nation im Keime. Die Zeit des Halbmondes ist vorüber. Griechenland, ein lebendiges Zeugniß von der Großmuth der Großmächte, die es in einer Gestalt haben ersehen lassen, in der es zwischen Leben und Sterben schmachet, ächzt gewaltig unter dem Drucke Englands; es muß büßen, aber es büßt die Schuld der Diplomatie, die es verkümmern läßt. Der König besitzt die Liebe seines Volkes, aber sich selbst zu helfen, fehlen dem Könige und dem Volke die Mittel.

In Aegypten ist mit dem Geiste Mehemed Ali's auch sein Streben fast gänzlich erloschen. Der neue Pascha scheint eifrig bemüht, Alles wieder auf den alten Fuß herzustellen, um so weniger gefährlich ist er für seinen Lehnsherrn, den Sultan, dem von hier früher keine geringe Gefahr drohete.

(Schluß folgt.)

Berlin, 30. März. Das Justiz-Ministerial-Blatt enthält folgende allgemeine Verfügung, die Vereidigung der Geschworenen betreffend:

Es ist zur Kenntniß des Justiz-Ministers gekommen, daß einzelne Gerichte bei der Vereidigung der Geschworenen nach §. 97 der Verordnung vom 3. Januar 1849 den Schwörenden verweigert haben, der dort vorgeschriebenen Eidesformel:

„ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“, die dem religiösen Bekenntnisse derselben entsprechende Bekräftigungs-Formel:

„durch Jesum Christum zur ewigen Seligkeit“ oder
„und sein heiliges Evangelium“

hinzuafügen.

Der Justiz-Minister kann dies Verfahren nicht billigen.

Der §. 97 der Verordnung vom 3. Januar 1849 enthält die allgemeine Formel, mittelst welcher die Geschworenen ihre Verpflichtung übernehmen; sie schließt aber die Hinzufügung einer speciellen religiösen Bekräftigungsformel nicht als unzulässig aus. Eine solche Ausschließung konnte bei der durch die Verfassung gewährleisteten Bekenntnisfreiheit nicht in der Absicht des Gesetzes liegen, und es muß daher den Geschworenen unbenommen bleiben, den von ihnen zu leistenden Eid durch die bisherige, für die rezipierten Kirchengemeinschaften gebräuchliche Bekräftigungsformel zur Verhütung ihres Gewissens zu befähigen. Die Gerichte haben um so weniger Veranlassung, dies zu hindern, als jene Beschränkungs-Formel

dem Zwecke der Eidesleistung in keiner Weise widerspricht, vielmehr dazu bestimmt ist, die Wirkung des Eides noch mehr zu erhöhen und die eidliche Angelobung mit dem religiösen Bekenntnisse des Schwörenden in Uebereinstimmung zu bringen.

Von diesem Gesichtspunkte ist auch das königliche Staats-Ministerium in seinem Beschlusse vom 12. Februar d. J. (Justiz-Ministerial-Blatt S. 42) ausgegangen, indem es bei Ableistung des im Art. 108 der Verfassung-Urkunde vom 31. Januar d. J. vorgeschriebenen Eides dem Schwörenden ausdrücklich freistellte, der Eidesformel:

„Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe“,

die seinem religiösen Bekenntnisse entsprechende Bekräftigungs-Formel hinzuzufügen.

Mit dieser Maßgabe hat die Vereidigung der Beamten stattgefunden, und es würde nicht zu rechtfertigen sein, wenn man den Staatsbürgern, welche zu den Verpflichtungen eines Geschwornen vereidigt werden, nicht ein gleiches Recht gestatten wollte.

Dagegen dürfen andere willkürliche, der konfessionellen Form fremde Zusätze nicht gestattet werden, vielmehr sind die Gerichte eben so berechtigt, als verpflichtet, dem Schwörenden dergleichen Zusätze zu unterlagen.

Der Justiz-Minister spricht die Erwartung aus, daß die Gerichte in Zukunft nach diesen Grundsätzen verfahren werden.

Berlin den 26sten März 1850.

Der Justiz-Minister Simons.

Berlin, 30. März. Während wahrscheinlich durch eine Indiscretion der hiesigen russischen Gesandtschafts-Kanzlei die alte Petersburger Depesche (nicht Note) vom 6. Februar in der „Weser Zeitung“ und anderen Blättern gegen Preußen ausgebeutet wird, ist gestern in der deutschen Sache wirklich eine neue Depesche von v. Meyendorff dem hiesigen Cabinette ausgehändigt worden. Was jene frühere Depesche betrifft, mit welcher in durchaus unrichtiger Weise die Sendung des Generals v. Rauch in die Herzogthümer in Verbindung gebracht wird, so hat sie preussischerseits nicht nur eine Entgegnung gefunden, welche nachwies, daß Preußen die Waffenstillstands-Convention in dem Sinne, wie es sie geschlossen und stets ausgelegt hat, ausführt, sondern es ist bekanntlich auch eine tatsächliche Beantwortung durch die Nichtzulassung der dänischen Agenten in Frankfurt erfolgt, und General v. Radowiz hat dem Fürsten Gortschakoff mit Betonung zu verstehen gegeben: der Kaiser möge in Kopenhagen sich dahin erklären, daß derjenige, welcher zuerst die Waffen ergreife, die Großmächte gegen sich haben würde. Preußen hat in den Herzogthümern zur Besonnenheit ermahnt und ist von seinen ersten Friedens-Vorschlägen eben so wenig, wie von seiner ganzen Haltung in der Frage Rußland gegenüber gewichen. Wenn jetzt die Statthalterchaft wieder die Regierung in Süd-Schleswig zu üben anfängt, und in Folge davon die neutralen Schwedischen Truppen ihre Stellung verlassen wollen, da die Demarcationslinie keine strategische Linie ist, so wird dieses wahrscheinlich dahin führen, daß Preußen sich auf die sogenannten geheimen Artikel in dem Sinne zurückzieht, wie es sie aufstellt, und auch seine Truppen aus dem Spiele bringen. — Die gestern übergebene russische Depesche, betreffend die deutsche Frage, ist in einem sehr verächtlichen Sinne abgefaßt. Wie in Wien (wobin eine gleiche Depesche ergangen zu sein scheint) wird auf die gegenseitige Verstärkung der beiden deutschen Großmächte gedrungen. Man findet übrigens, daß Preußens engerer Bundesstaat mit den Verträgen nicht im Widerspruche stehe, nur kann man in Petersburg nicht einsehen, wie eine staatsrechtliche Vereinigung des engeren Bundes mit dem weiteren möglich sein soll. (Diese will übrigens Preußen bekanntlich gar nicht, und hält nur die völkerrechtliche Seite des alten Bundes fest! Auch meint man in Petersburg, daß der engere Bund nicht sowohl gegen das Recht des alten Bundes, als gegen seinen Bestand gerichtet sei. Diese russische Eröffnung hat übrigens in der Rede von v. Radowiz ihre Entgegnung gefunden, ehe sie bekannt geworden.)

(R. 3.)

Berlin, 30. März. Die heute ausgegebene Nummer der Gesetz-Sammlung enthält die Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes.

Die Demokratie hat in dem Wahne gestanden, sie würde sich durch ihr Nichtwählen ein hohes moralisches Ansehen erwerben. Aber was sehen wir in der That? Das Land hat sich nicht darum bekümmert, ob seine demokratischen Bürger ihr Wahlrecht ruhen ließen oder nicht. Auf den Dank hoffen sie jedenfalls vergebens. Die Gesetzgebung hat, ohne von ihnen getrieben zu sein und ohne ihren Rath benutzen zu können, die wichtigsten Reformen angebahnt. Organische Gesetze von der höchsten Bedeutung gehen ihrer Ausführung entgegen. Die deutsche Politik läßt die Regierung und die konstitutionelle Partei Hand in Hand gehen und im Gegenfah gegen die früheren falschen und unmöglichen Pläne der demokratischen Partei und unter dem Widerstreben oder der Gleichgültigkeit derselben wird ein praktischer Anfang gewonnen, der durch seine Gediegenheit noch weitere Aussichten verspricht. Daß also wirklich Etwas geschieht und daß von den nationalen und liberalen Ansprüchen das Wesentliche in Erfüllung geht, das bringt die Demokraten gänzlich aus dem Concept. Wie unsicher und haltungslos diese Partei bereits geworden ist, kann man aus den sublimen Theorien erkennen, welche jetzt von der Abendpost gepredigt werden. Die Abendpost will nur dies Eine, daß überhaupt gar keine Regierung sei, sondern jedes Menschenkind sich nur selbst zu befehlen habe. Die Unhaltbarkeit der Partei zeigt sich aber auch in ihrer Inkonsequenz. Daß sie auch zur 1sten Kammer nicht mitgewählt hat, wobei doch gar keine Rechtsbedenken entgegenstanden, ist gewiß nur dem Mißtrauen in ihre Kraft zuzuschreiben. Wir überlassen es ihr, auch ferner dem Guten, was unter uns ertheilt, nur passiv zuzusehen.

(P.-E.)

Der Hessische Minister v. Hassensflug hat die Annahme en bloc zum Vorwand genommen, um Hindernisse in den Weg zu legen. Herr v. Radowiz ist seinen Bedenken aber mit solcher Kraft entgegengetreten, daß derselbe, wie man erfährt, kleinlaut Erfurt wieder verlassen hat. Ein Wanke Kurheffens wird übrigens nicht mehr befürchtet.

Der Deutschen Reichs-Zeitung schreibt man aus Erfurt: Sie wissen, daß Fürst Gortschakoff bei Ueberreichung seiner Creditive drei Bedingungen, förmliche Bedingungen stellte. Die Herren v. Kübed und Schönhalz sind des Französischen nicht mächtig genug; daher antwortete im Namen der Bundeskommission auf der Stelle Herr v. Radowiz und sehr energisch. Jetzt vernimmt man, daß die beiden Oesterreicher von ih-

rer Regierung gegenüber Rußland desavouirt sind. — Der Kaiser von Rußland hat dem preussischen Gesandten mit Nachdruck bemerkt gemacht, daß Preußen die dänische Sache sofort erledigen müsse, der Kaiser habe Verpflichtungen gegen Dänemark übernommen und werde dieselben erfüllen; des Kaisers Gesinnungen gegen den König von Preußen seien unverändert; aber die preussische Politik zwingt ihn, kriegerisch gegen Preußen einzuschreiten. Der Kaiser brach in Thränen aus, indem er Herrn v. Nohow versicherte, er sei sich bewußt, daß möglicherweise die Kaiserin über dem entstehenden Konflikt ihr Leben verliere. Herr v. Nohow solle diesen Worten das vollste Gewicht beimessen.

Die konstitutionelle Zeitung meldete jüngst in einem Artikel aus Glogau, daß mehrere reiche preussische Patrioten dortiger Gegend die Absicht hegen, das im Städtchen Lübben befindliche Haus, in welchem der jetzige König von Württemberg im Jahre 1781 geboren wurde, anzukaufen, um dasselbe wegen der für Preußen verletzenden Thronrede desselben in ziemlich vandalischer Weise der Erde gleich zu machen. In Folge jenes Artikels wird auch hier in vielen patriotischen Kreisen Geld gesammelt, jedoch nicht etwa, um das Haus nach dem Ankauf niederzureißen, sondern um es zu einem Asyl für Blödsinnige oder zu einer Aufnahme-Anstalt für geistig und sittlich Verwahrloste einzurichten. Man hofft, daß die Glogauer Interessenten zu diesem Plan ihre Zustimmung geben werden.

(Woff. 3.)

Berlin, 30. März. Hinsichtlich der Stellung Bremens zu der deutschen Union hat die bremische Bürgerschaft einen vermittelnden Beschluß gefaßt, wonach die Beschlüsse der Erfurter Versammlung für Bremen in Kraft treten sollen, sobald die vollständige Theilnahme Hannovers an dem Bündnisse wieder festgestellt ist.

Am 12. Januar wurde aus dem Kassengewölbe der Landschafts-Departements-Direktion zu Treptow a. d. N. mittelst Einbruchs ein Kassenbeutel von 500 Rthl. und in der Nacht vom 20. bis 21. Februar aus der Salarien-Kasse im Gerichts-Lokal zu Labes ebenfalls mittelst Einbruchs die Summe von 125 Rthl. 25 Sgr. 6 Pf. entwandt.

Ein Schlossergesell, Sauerbrei, versuchte neulich auf dem Kammergericht, durch den Staatsanwalt des Meineids angeklagt, sich an denselben zu vergreifen, und wurde sofort verhaftet und zum Kriminalarrest gebracht.

Die hiesige Schul-Deputation, aufmerksam gemacht, daß ein hiesiger Fabrikbesitzer wider das Regulativ vom 9. März 1839 Mädchen von 13 und 14 Jahren nicht bloß täglich 12 bis 13 Stunden, sondern auch des Sonntags beschäftige und sie vom Besuch der Sonntags- und Abendhule abhalte, ist deshalb klagbar geworden. Das Polizeigericht hat den Fabrikherrn zu einer Geldstrafe von 10 Thln. verurtheilt.

(N. P. 3.)

Mehrere öffentliche Blätter haben unglaublich lautende und auch völlig unbegründete Gerüchte über den Umfang einer am hiesigen Orte Statt gehabten Anfertigung falscher preussischer Darlehns-Cassenscheine zu fünf Thaler und deren angeblich von hier ausgegangenen Verbreitung veröffentlicht. Dies veranlaßt mich, im Interesse des dadurch vielleicht beunruhigten gewerbetreibenden Publikums amtlich zu erklären:

daß sowohl nach den zuverlässigen Mittheilungen der königlichen Haupt-Verwaltung der Darlehns-Cassen an die hiesigen Gerichtsbehörden, als nach den in Bezug auf die erwähnte Fälschungsfabrik hier gemachten Entdeckungen alle bisher als falsch erkannten Darlehns-Cassenscheine bei weitem noch nicht die Zahl von Eintaufend Stück erreichen.

Siegen, 23. März 1850.

Der Staatsanwalt, Hüttemann.

Königsberg, 30. März. Es ist durch die Presse vor längerer Zeit zur Sprache gebracht worden, daß der an der hiesigen Böbenicht'schen höheren Bürgerschule angestellte Dr. Albrecht sein über 3 Jahr altes Kind noch nicht hat taufen lassen. Der Minister der geistlichen Angelegenheiten hat in Folge dessen Veranlassung genommen, das hiesige königl. Konfistorium aufzufordern, in dieser Angelegenheit geeignete Schritte zu thun. Dr. Albrecht ist nun zunächst aufgefordert worden, sich über seine Handlungsweise zu erklären und hat demnach entgegnet, daß er bei seinem Verfahren verbleiben werde, da die Taufe seines Kindes eine Gewissenssache sei und ihn Niemand dazu zwingen könne. Man sieht mit Spannung den weiteren Schritten entgegen, die nun von Seiten der Behörden geschehen werden.

(D.N.)

Erfurt, 1. April. Der Verfassungs-Ausschuß des Volkshauses hat nur an 11 Paragraphen der Grundrechte Veränderungen vorgenommen, und es müssen auch diese, mit Ausnahme von zweien (148 und 168), die von Fideikommissen und Civilehe handeln (diese sind in Wegfall gekommen), als unwesentlich bezeichnet werden, die übrigen berührten Paragraphen sind 147, 152, 154, 157, 158, 159, 176, 182 und 195. Man hat die deutschen Grundrechte den preussischen möglichst zu nähern gesucht.

(D.N.)

Stuttgart, 27. März. Die Münchener Uebereinkunft wird immer wunderbarer: die Mittheilungen, welche die Regierung heute den Mitgliedern der Landes-Versammlung mit in die Ferien gegeben hat, bringen ein neues Licht in diese Angelegenheit. Wohl überraschend darf man es nennen, wenn das Zustimmungsschreiben Württembergs seiner Zustimmung die Clausel anhängt, „daß die Genehmigung der königl. württembergischen Regierung nur in der Voraussetzung erfolgt, es werden in das Bundes-Grundgesetz, welches von der in Gemäßheit dieser Uebereinkunft einzusetzenden Bundes-Regierung zu entwerfen ist, die deutschen Grundrechte, unter den durch den Zweck einer allseitigen Vereinbarung gebotenen Modifikationen, ausdrücklich aufgenommen werden.“ Denn wie lautet die Zustimmungserklärung von Oesterreich? „Das Kaiserliche Cabinet“, heißt es darin am Schlusse, „tritt den von den königlichen Höfen von Baiern, Sachsen und Württemberg gemachten Vorschlägen vollkommen, jedoch unter der Voraussetzung bei, daß . . . unter den im neunten Punkte des Artikels 1 erwähnten Rechten nicht die sogenannten Grundrechte verstanden seien, deren Einführung bereits in den meisten Staaten als unvereinbar mit dem öffentlichen Wohle erlannt worden ist. . .“ Das ist ein Widerspruch, den wir nicht zu lösen vermögen. Württemberg setzt ausdrücklich voraus, daß die Grundrechte zur Geltung kommen; Oesterreich setzt eben so ausdrücklich voraus, daß sie nicht zur Geltung kommen. Kommen sie zur Geltung — so würde eine haushaltene Logik zu schließen in Versuchung sein —, so wird Oesterreich nicht beitreten, kommen sie nicht zur Geltung, Württemberg nicht.

(Deutsche 3.)

Karlsruhe, 22. März. Heute hat die zweite Kammer in geheimer Sitzung verhandelt. Die Regierung legte die Militär-Convention mit Preußen und die Ergänzungen vor, welche die Kosten der Intervention und die Befestigung des Landes nothwendig machen. Die abgeschlossene Convention wurde von der Kammer genehmigt. Die badischen Truppen marschiren nach Preußen, und die Befestigung des Landes auf unbestimmte Zeit ist gutgeheißen. Da diese 15,000 Mann betragen, das badische Corps aber auf die gleiche Stärke gebracht werden soll, so unterhält das Großherzogthum gewissermaßen ein Heer von 30,000 M. Die Kosten der Occupation betragen monatlich 96,000 fl.; der Aufwand der Mobilisirung der Hülfsstruppen ist zu 3,700,000 fl. berechnet. Die laufenden Ausgaben sollen von dem Lande aufgebracht und die andere runde Summe im Laufe dieses Jahres bezahlt werden. Das Großherzogthum Baden hat daher vom 1. April bis zum 31. Dezember die Summe von 4,584,000 fl. an Preußen zu entrichten und, da die Zollgefälle mit 650,000 fl. zurückgehalten wurden, so müssen 3,934,000 fl. baar aufgebracht werden. Die Kammer hat diese Ausgabe genehmigt. Dazu kommen noch die Kosten der Bildung und Unterhaltung des eigenen Heeres, dessen Formation am 1. April beginnt; sie kann nur nach und nach stattfinden, weil Monturstoffe zur Ausrüstung fehlen. Auch wird eine Musik aus 60 Mann gebildet. Von der vormaligen Infanterie werden 2700 Mann vermisst.

Karlsruhe, 27. März. Heute hält das hiesige Kriegsgericht in seiner jetzigen Zusammensetzung die letzte Sitzung, denn die durch Aberufung der Mitglieder Behufs der Organisation ihrer Truppenkörper erledigten Sitzungen hielten weitaus die Mehrzahl. Dieselben werden zum Theile durch hier in Garnison befindliche Soldaten und Offiziere, zum Theile durch Offiziere besetzt werden, die in zeitweiligem Ruhestande sich befinden; eine löbliche Einrichtung, zu welcher bereits der Anfang gemacht ist. Es mag etwa 200 Fälle in ungefähr vier Monaten abgeurtheilt haben. Todesurtheile wurden, wie denn überhaupt gegen Meuterer eben so strenge verfahren wurde, als vor den Standgerichten, etwa acht gefällt; gegen Anwesende keines befätigt. (Schw. M.)

Darmstadt, 26. März. Der zweite Abschnitt der Vernehmung des Grafen Görlich, in der heutigen Vormittags-Sitzung des Schwurgerichts, beschäftigte sich mit dem Benehmen des Bedienten Stauff nach dem Tode der Gräfin. Zeuge will in dem Benehmen desselben unmittelbar nach der Katastrophe nichts Auffallendes bemerkt haben. Er habe, befragt, was er dazu sage, entweder gar keine Antwort ertheilt, oder erwidert, er wisse nicht, wie es sich damit verhalte; dabei habe er verlegen ausgesehen und den Finger dabei in den Mund gesteckt. Dies und der Umstand, daß Stauff allein in dem Hause sich befunden, sei ihm, Zeugen, auffallend gewesen; übrigens habe er die von seinem Hausarzt, Geheimen Medicinalrath Stegmeyer, ausgesprochene Meinung getheilt, daß Zufall gewaltet habe. Befragt, gab Zeuge an, Stauff habe nie gesagt, daß Jemand im Hause gewesen sei. Auf die weitere Frage, ob derselbe sonst sich auffallend benommen? hob Zeuge noch hervor, er habe nicht allein „da“ schlafen wollen und erklärt, er werde, wenn etwas vorkäme, nicht kommen, sondern im Bett bleiben; so sei Schneider Traugott veranlaßt worden, während seiner, des Zeugen, Abwesenheit im Hause zu schlafen. Nach seiner Rückkehr aus dem Bade habe er diesen Mann (Traugott) befragt, und von ihm vernommen, daß Stauff Briefe geschrieben, Gläubiger vertröstet und ihm gesagt habe, sein Vater werde kommen. Diesen selbst habe er, Zeuge, einmal zufällig angetroffen. Ueber weitere Umstände vernommen, gab Zeuge an, die in dem Kammis seiner Gemahlin verwahrte Kassetten (Schreibkassetten) habe einen Perlenschmuck im Werth von ungefähr 11,000 Gulden, angekauft in Hanau, enthalten, so wie einen Schmuck von Diamanten, angekauft in Stuttgart, in gleichem Werthe, und einen anderen Schmuck, gegen 1000 Gulden werth. Der Perlenschmuck sei durch den Brand zu Grund gegangen, indem die noch übrigen Reste keinen Werth mehr gehabt, die Diamanten seien fast vollständig wieder gefunden worden, hätten aber durch das zum Lösen hingegossene Wasser an Werth verloren, indem sie dadurch trüb geworden, so daß er dafür nur 6000 fl. gelöst, so wie er auch für jenen anderen Schmuck, der gleichfalls gelitten, nur 260 fl. erhalten habe; so habe er einen Verlust von ungefähr 17,000 fl. erlitten. Außerdem habe seine Gemahlin in jenem Möbel, und zwar in den Schubladen hinter der Klappe, noch eine Anzahl goldener Schmucksachen verwahrt, die sich in einer Reihe von Jahren aufgesammelt hätten. Befragt, gab Zeuge noch an, daß die unterste Schublade des Schreibretars mit Papieren angefüllt gewesen, während sich in einer der darüber befindlichen Schubladen die Kassetten befunden habe; auch, daß seine Gemahlin den Sekretair immer verschlossen gehalten. Nach weiteren Angaben des Zeugen bestand das bedeutende Vermögen seiner Gattin, soweit es angelegt war, in Staatspapieren; größere Geldsummen habe sie in der letzteren Zeit in dem Sekretair nicht verwahrt, weshalb es möglich sei, daß sie zuweilen wenig baares Geld besessen habe; ihr Geldvorrath habe wesentlich in Coupons bestanden. Vierteljährlich habe er ihr zwischen 900 und 1000 Gulden zukommen lassen; am 13. Juni sei ihr Geldvorrath wohl nicht groß gewesen, da sie ihm Coupons abgefordert, die sich nicht mehr vorgefunden hätten. Befragt, wie die Gräfin es mit ihren Schlüsseln gehalten, gab Zeuge Näheres an, wobei er, als ihm auffallend, hervorhob, daß sich nur die beiden Schlüssel zum Vor- und Wohnzimmer nicht vorgefunden hätten. Der Präsident leitete hierauf die Vernehmung der Zeugen auf indirekten Vergiftungsversuch am 2. November. Graf Görlich wurde dadurch veranlaßt, des diesem Vorfall Vorgegangenen zu gedenken. Er habe sich geäußert, daß in Folge seines wiederholten Aufstehens die Untersuchung wieder aufgenommen würde, wodurch Stauff zu der Bemerkung veranlaßt worden wäre, er (als Reservoir) werde nächster Tage von dem Auditeur vorgeladen werden, so wie zu der daran geknüpften Frage, was das zu bedeuten hätte. Am Vormittag des 2. November, in einem Augenblick, da ihm noch nicht bekannt gewesen, daß Stauffs Vater in Kassel verhaftet worden, habe er, Zeuge, demselben gesagt, daß am folgenden Tage der Untersuchungsrichter zur Einnehmung des Augenscheins und wohl auch zur Vernehmung der in das Haus gehörenden Personen erscheinen werde. Im Begriff, am Nachmittage desselben Tages, gegen 3 Uhr nach Hause zu gehen, sei ihm auf der Straße sein Rutscher Schämbs verstorben Aussehens, etwas Bedecktes tragend, begegnet. Auf Befragen habe derselbe geantwortet, es sei etwas vorgefallen, und er von Schiller zu dem Dr. Stegmeyer geschickt, zu dem er eben gehen wolle. Bei seiner (des Grafen) Ankunft im Hause habe ihm die Raffenberger das Vorgefallene erzählt. Zeuge gab diese Erzählung wieder und fügte hinzu, er sei

gleichfalls zu Dr. Stegmeyer gegangen, von dem er erfahren, daß das in der Sauce Gefundene, Kupferoxyd sei. Die Anzeige bei der Polizei habe die Verhaftung Stauffs zur Folge gehabt. Hierauf Anerkennung der Ueberführungssünde von Seite des Zeugen, als im Kammis verwahrte Befestigung seiner Gemahlin: Armband, Ring von Platina und Gold, Einfassung einer Brosche von Gold, vergoldete silberne Schalle etc. Bei Vorzeigung des Ringes erklärte Heinrich Stauff: „dieser, der ihm in Kassel abgenommen worden, sei vor mehr als 36 Jahren Eigenthum seiner Ehefrau gewesen, während Zeuge versichert, „seine Gemahlin habe den Ring von ihrer Mutter erhalten, und zwar frühestens im Jahr 1823; sie habe darum auf diesen Ring einen so hohen Werth gelegt, daß sie seinen Wunsch, ihm denselben zu schenken, nicht erfüllt hätte.“ Man sah deutlich, daß dieser Ring in der Wagschale des Urtheils des Publikums schwer wog, in den Augen desselben als berechter stummer Zeuge galt. Feuerbach hat uns meisterhaft einen sehr denkwürdigen Kriminalfall mitgetheilt, worin gleichfalls ein Ring eine große Rolle spielt, daher er ihm auch die Ueberschrift gab: „Der verrätherische Ring.“ Die anderen Gegenstände will Heinrich Stauff in dem Päckchen gefunden haben, das ihm sein Sohn Jakob am 7. Juli 1847 gegeben. Dieser will das Päckchen in einer Hecke bei Befestigung geholt haben an der Stelle, die ihm sein Bruder Johann gezeigt. Der Angeklagte Johann Stauff gesteht dies Alles zu und behauptet, der Graf habe ihm jenes Päckchen, „ähnlich einem Päckchen leichten Canastens“, am 20. Juni 1847 geschenkt, und zwar mit dem Beisatz, es befänden sich Gold oder Juwelen darin. Er habe wohl hineingesehen, aber ohne nähere Betrachtung; als ihn der Graf später gefragt, wo er das Geschenk verwahre? habe er demselben seinen Kleiderschrank bezeichnet, und da der Graf gemeint, es sei dort nicht gut verwahrt, die Aufforderung hinzusetzend, er solle es aus dem Hause thun, so habe er, dem Folge leistend, das Päckchen in jener Hecke versteckt. Der Präsident fordert den Zeugen, unter Hindeutung auf seine Eidespflicht, auf die Wahrheit zu sagen. Der Graf erklärt, „er müsse alles eben besagte verneinen.“ Der Präsident stellt ihm vor, in welcher schrecklichen Lage sich der Angeklagte befinde, und fordert den Zeugen nochmals zur aufrichtigen Angabe auf. Der Graf beharrt bei seiner Verneinung, hinzufügend, daß er doch wohl eher baares Geld gegeben haben würde, als Pretiosen, mit ihrem Affectionswerth als Zeichen des Andenkens. Schlußsitzung der Vormittags-Sitzung. Auch die Nachmittags-Sitzung war lediglich der Vernehmung des Grafen gewidmet, dem von dem Präsidenten, dem Staatsanwalt und den Verteidigern sehr viele Fragen, berechnet, über einzelne Momente Anstunft zu erhalten und Licht zu verbreiten, vorgelegt wurden, wie angeblischer Versuch der Gräfin, sich durch Ertränken das Leben zu nehmen, Nachforschung zur Auffindung jener beiden Schlüssel, jene Zündhölzchen, Verbrennen der Kleider der Leiche, die noch vermissten Pretiosen etc. Am Schluß der Sitzung Verlesung des 1846 errichteten Testaments der Gräfin. (D. P. A. 3.)

Frankfurt a. M., 29. März. Ruhm und Liebe ist dem letzten Reichs-Ministerium in gleich reichem Maße in Frankfurt zu Theil geworden. Was den Ruhm betrifft, so ist das bekannt genug. Was die Liebe betrifft, so hat Herr Detmold bereits vor Kurzem seine Vermählung gefeiert; sein ehemaliger Colleague, Herr Jochmus, wird seinem Beispiele folgen und mit Nächstem ebenfalls hier heirathen. Herr Detmold hat die Tochter eines Schöffen heimgeführt, Herr Jochmus wird die Wittwe eines Schöffen heirathen. (Köln. 3.)

Kiel, 30. März. Der Flensburger Korrespondent enthält folgende Nachricht, deren Vertretung ihm selbst zu überlassen sein wird: „Aus einer gewöhnlich gut unterrichteten Quelle geht uns so eben folgende Mittheilung zu: Kopenhagen, den 27. März. Daß der Friede zwischen Preußen und Dänemark ehestens und vielleicht noch vor dem Osterfeste abgeschlossen sein wird, kann ich Ihnen als gewiß mittheilen, und daß 1850 kein Krieg zwischen Preußen und Dänemark ausbrechen wird, kann ich Ihnen wiederholen. Die Entwicklung der Verwickelungen ist nahe, und ich kann Ihnen heute die freudige Nachricht mittheilen, daß Se. Maj. der König spätestens Anfangs Mai sich nach Schleswig und Holstein begeben wird, wenn nicht völlig unerwartete Ereignisse in der Zwischenzeit eintreten. Hier wird schon an die Ausfertigung einer Versöhnung und Freundschaft athmenden Proclamation an Schleswig und Holstein gedacht, und man erwartet hier mit Bestimmtheit einige hochstehende Holsteiner. (Sollte dies auch mit der Generalversammlung der Prälaten und Ritterschaft in Verbindung stehen?) Diese Nacht sind wiederum eine Estafette und ein Cabinets-Courier angekommen, es findet heute eine Versammlung des Senatsraths statt, und die Truppen werden in den nächsten Tagen vermittelt werden, wie Sie denn auch aus der gestrigen Adresse Avis sehen können, daß die „Matrosen“ vom Dienst entlassen werden.“ (D. Ref.)

Österreich.

Von der Adria, 24. März. Oesterreich fängt an, ehrgeizig zu werden. Ich schrieb Ihnen bereits mehrmals von den auffallenden Truppenensendungen nach Dalmatien, die fortauern, obgleich die Steuererweigerer sich ohne Widerstand gefügt haben und auch die Montenegriner sich ruhig verhalten. Kein Lloydboot fährt nach jenen Gegenden ab, das nicht seine 2 bis 300 Mann an Bord hat. Diese Woche mußte sogar der Levante-Dampfer eine solche Ladung einnehmen, um sie in Ragusa, wo er sonst nie anzulegen pflegt, auszuschießen. Wenn also die Dalmatiner keine Besorgnisse mehr einflößen, wozu dann diese Truppen-Anhäufung, welche mit Einschluß der Landesgarnison dormalen wenigstens 20,000 Mann betragen muß? Ich kann nur meine frühere Mittheilung wiederholen, zu deren Bestätigung sich immer mehr Momente darbieten. Es ist auf nichts weniger, als die Eventualität einer Occupation der türkischen Provinz Herzegowina abgesehen. Zwar hat die Unterdrückung oder vielmehr Beilegung des Aufstandes in Bosnien den bereits jetzt erwarteten Ausbruch in der Herzegowina verzögert, aber es sind alle Anzeichen, daß er nicht lange mehr wird auf sich warten lassen. Der rechte Augenblick dazu wird sein, wenn das österreichische Observations-Corps vereinigt und längs der Gränze aufgestellt ist. Bei der Schwierigkeit des Terrains und dem besonders diesmal späteren Eintritte des Frühjahres in jenen Hochgebirgen gehen die Bewegungen nur langsam voran. Die Gränze des Kreises Cattaro ist bereits besetzt; jetzt ist man bei der Gränze des Kreises Ragusa, und der Schluß wird die Befestigung des strategisch besonders wichtigen Brentathales bilden, welches mitten in das Herz der Provinz bis

zur Hauptstadt Mostar reicht. Die Bewegung der dortigen Bevölkerung würde darauf berechnet sein, unter österreichische Herrschaft oder wenigstens Schutzherrschaft zu kommen, so daß die einrückenden Truppen einer willkommenen Aufnahme versichert wären. Oesterreich meint, wenn Rußland über die Fürstenthümer der Donau sich ein Protectorat anmaße, ja, sogar über das weit von ihm entfernte Montenegro, so könne es gleichen Anspruch erheben für die übrigen türkischen Grenzländer, die nach einer ähnlichen Befreiung verlangen. Gegen solche Schlußfolgerung ist wohl nichts weiter einzuwenden, als daß sie zu spät kommt. Eine weise und fernblickende Politik hätte Rußland an der unteren Donau und den Mündungen niemals zur Alleinherrschaft kommen lassen und sich bei jenen halbbarbarischen Völkern das Ansehen erhalten, welches sie von früheren Jahrhunderten her ausübte, jetzt aber ganz verloren hat. Aus diesem Grunde zweifeln wir, ob es jetzt noch Zeit sei, das Verlorene nachzuholen, und, selbst die günstige Stimmung der Bewohner der Herzegowina zugestanden, die Occupation auch zu behaupten und, was die Hauptsache, auf Bosnien auszuweichen. Sie erinnern sich, daß vor Kurzem die „Laidacher Ztg.“, ein schwarz-gelbes Provinzialblatt, in einem latonischen Briefe die Nachricht brachte, Oesterreich habe die sogenannte Bocca (Bucht) von Cattaro, einen der sichersten geräumigsten Häfen der Welt, an Rußland abzutreten. Die Nachricht ging, von verschiedenen Fragezeichen begleitet, durch die deutsche Presse. Man schien ihr, wie sehr man auch sonst überzeugt war, daß Rußland die ungarische Intervention Oesterreich nicht schenken werde, doch keinen Glauben beizumessen. Ich kann Ihnen nun aus guter Quelle mittheilen, daß an der Sache doch etwas Wahres ist, zwar nicht eine förmliche Abtretung der Bucht, wohl aber eine zeitweilige Ueberlassung derselben als regelmäßigen Stationsplatzes für die zum Sommer dieses Jahres angemeldete russische Flotte aus der Ostsee. Dieselbe ist in jenen Gegenden nicht unbekannt, das Andenken ihrer Thaten zu Anfang des Jahrhunderts als Schutz gegen die vordringenden Franzosen lebt bei den Eingeborenen noch fort. Hart an Cattaro gränzt bekanntlich Montenegro, und so haben die Russen auch zu Lande einen festen nationalen Standpunkt. Die österreichische Flotte würde allerdings die Erlaubniß haben, sich mit der russischen zu vereinigen und den vaterländischen Häfen von Cattaro gemeinschaftlich zu gebrauchen! Ist vielleicht die bevorstehende Werbung von Matrosen in der Ostsee, wozu in diesen Tagen die Fregatte „Venus“ abgehen wird, auf solche Combination berechnet? (R. 3.)

Frankreich.

Paris, 28. März. Die „Patrie“ widerspricht dem Gerüchte, daß der Präsident der Republik am Oster-Montage eine große Revue abhalten werde.

— Im heutigen Moniteur gestattet der Präsident einem Chirurgen die Annahme eines Ehrendegens. Diese Amtshandlung hat scharfe Bemerkungen hervorgerufen, indem man sie für unrepublikanisch erklärt.

— Gestern hat im Gehölz von Vincennes in Folge eines politischen Streites ein Duell zwischen Herrn Breux, Redakteur des Constitutionnel, und Herrn Weill, Redakteur der Gazette de France, stattgefunden. Keiner wurde verwundet. (Der gewöhnliche glückliche Ausfall französischer Duells.)

Paris, 28. März Abends. Der Präsident der Republik soll beschloffen haben, mit der Großherzogin Wittve von Baden eine Reise in die östlichen Departements zu machen.

Graf Chambord hat in einem Schreiben die Geschenke, die man aus einigen Gegenden Frankreichs ihm machen wollte, anzunehmen abgelehnt.

Larochesjaquelin soll seinen vorgestrigen Vorschlag auf Veranlassung des Grafen Chambord gemacht haben.

Am nächsten Montag wird der Ausschuss für das Pressegesetz Deputations der Pariser und der Departemental-Presse empfangen.

Die Affaire der Strafe Rumfort ist für die Affisen verwiesen. Aus Rom ist die Nachricht eingegangen, daß der König von Neapel den Papst wirklich auf seiner Reise begleiten werde.

Schlußcourse der heutigen Börse: 5% Renten 90 F. 50 C.; 3% dito 55 F. 90 C.; Bank-Actien 2200 F. — C.; Actien der Nordbahn 428 F. 75 C.; Paris-Strasbourg 336 F. 25 C.

Paris, 29. März, Abends. Die Nationalgarde zu Libourne (Gironde) ist, wegen Feier des 24. Februar durch eine Parade, aufgelöst worden.

Die in der Affaire der Strafe Rumfort Beteiligten sind zu leichten Gefängnißstrafen verurtheilt worden.

Der demokratische Candidat Guigot soll im Departement der Vogesen die Mehrheit erhalten haben.

In Toulon wird eine Flotten-Abtheilung ausgerüstet, um nach Toscana zu gehen, falls England angreifen sollte. Die englische Flotte wurde zu Porto Ferrajo erwartet.

Die Rückkehr des Papstes ist wieder zweifelhaft und soll auf den 19. April verschoben sein.

Die toscanische Regierung soll die Vermittelung Sardiniens ausgeschlagen und jene Rußlands vorgeschlagen haben.

— Die legitimistischen Repräsentanten haben sich in einer Separat-Versammlung dafür erklärt, die Frage wegen der künftigen Regierungsform Frankreichs nicht der allgemeinen Abstimmung zu unterziehen. (D. Ref.)

Portugal.

— Ein Privatschreiben aus Lissabon enthält Folgendes: „Portugal steht auf dem Punkte, von Neuem von einer Revolution heimgesucht zu werden. Die verschiedenen Oppositionen hatten sich am Anfang der Session vereinigt, um den Grafen Thomar zu stürzen. Da er jedoch in der Pairskammer Heer war und er in der Deputirtenkammer eine hinreichende Majorität zu seiner Verfügung hatte, so gelang es ihm, die Angriffe abzuweisen, und durch eine Reihe günstiger Voten seine Gewalt zu behaupten. Hierauf entschloß sich der Graf, sich an den Führern der Opposition zu rächen. Das Haupt derselben war der Herzog von Palmella, aber das am meisten zu fürchtende Mitglied derselben war der Herzog von Salbanda, welcher, indem er auf seine früheren Dienste, auf seine Popularität in der Armee und auf seinen Einfluß im Palaste zählte, seine amtliche Stellung mit den Vortheilen der Opposition vereinigen wollte. Er hatte nichts veräumt, um das Ministerium zu stürzen. Als aber der Graf von Thomar sich gesichert fühlte, beeilte er sich, den Herzog von Salbanda seiner Stelle als Groß-Intendant des königlichen Hauses zu entsetzen.

Der Herzog von Salbanda, weit davon entfernt, zu glauben, daß das Ministerium wagen würde, dieses zu thun, hielt sich im Gegentheil wegen seines persönlichen Ansehens und in Bezug auf die alten Gebräuche für unabsehbare. Aus diesem Grunde hatte er auch einen Brief an den Kriegs-Minister geschrieben, in welchem er behauptet, daß die Stelle eines Groß-Intendanten von jeder lebenslänglich gewesen sei. Ein einziger Intendant, der Herzog von Aveiro, sei abgesetzt worden, aber nur, nachdem er wegen Hochverrats verurtheilt worden sei, und sei derselbe gleich nach seiner Absetzung hingerichtet worden. Der Herzog von Salbanda verlangt deshalb, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Der Graf von Thomar antwortete hierauf dem Herzog, daß keine Klage gegen ihn vorliege, die Königin aber das Recht habe, wie jeder Privatmann, diejenigen Diener, die ihr nicht mehr gefallen, zu verabschieden. Um die Rühmlichkeit dieser Antwort zu verstehen, muß man wissen, daß Portugal seit 15 Jahren von drei oder vier militairischen Hauptlingen abhängig ist, die sich nur zu verbinden brauchen, um die Regierung zu stürzen. Ein Ministerium kann nur mit Hilfe von einem oder zwei dieser Hauptlinge bestehen. Der Graf von Thomar ist schon einmal aus Portugal verjagt worden, weil er versucht hatte, gegen diesen militairischen Despotismus zu kämpfen. Heute hat er von Neuem diesen gefährlichen Kampf begonnen, ohne daß man absehen kann, ob es ihm dieses Mal glücken werde. Den Tag nach seiner Absetzung ritt der Herzog von Salbanda in großer Uniform, von seinem Adjutanten begleitet, durch die Straßen von Lissabon, in der Hoffnung, eine militairische Demonstration zu seinen Gunsten hervorzurufen. Die Regierung war jedoch auf ihrer Hut. Mehrere verdächtige Obersten waren durch andere ersetzt worden. Den Oberbefehl in Lissabon hätte man dem Herzog von Terceira anvertraut. Diese Ernennung erregte ein großes Aufsehen, da man geglaubt, der Herzog sei gegen das Ministerium. Die Annahme des Herzogs hat den ganzen Plan der Verschwörer zerstört, weil sie dem Ministerium den Beistand eines der einflussreichsten militairischen Chefs zusichert. Die Gegenwart des Herzogs an der Spitze der Truppen und die Ergebenheit der Gemeindegarde von Lissabon sichern die Stadt gegen einen Handstreich. Ob die Herzoge von Palmella und Salbanda sich entscheiden werden, einen Angriff auf Dporto zu machen, ist gegenwärtig die Frage, welche Portugal beschäftigt. Die Lage wird durch die Krankheit des Grafen Thomar noch ernster gemacht. Es handelt sich in Portugal darum, ob es von Neuem unter den militairischen Despotismus zurückkehren, oder ob es endlich eine Civil-Regierung haben wird. Dieses wird die nahe Zukunft lehren.“

Großbritannien.

London, 26. März. Herr George Sanders, einer der ältesten und bedeutendsten Getraidehändler Englands, hatte neulich im Unterhause erklärt, daß er bereit sei, jede beliebige Quantität besten Weizens zu 33 Schilling (11 Nthr.) pr. Quarter von Stettin oder Rostock franco London zu liefern. Die Times knüpften daran an und werfen einen Blick auf den jetzigen Stand des Getraidehandels und die Taktik der Schutzzöllner, die es mit Zahlen und Thatfachen nicht allzu genau nehmen, wovon Herr Sanders ein neues Beispiel giebt. „Hätten wir gerade 10,000 Pfd. übrig und Zeit, uns mit Speculationen zu befassen, so würden wir Herrn Sanders sofort einen Auftrag geben; es ist uns unbegreiflich, daß von dem bemerkenswerthen Anerbieten noch nicht mehr Notiz genommen worden ist. Am letzten Markttag ward die Frucht um etwa 1 Schilling höher bezahlt, als am Montage; Kenter und Essener Weizen steht nämlich zur Zeit 41 bis 48 Schill.; Danziger und Königsberger 42—45 Schill., beste Qualität 45—50; Rostocker, pommerischer und rheinischer 41—44 Schill. Wie kommt es nun doch, daß man trotz Herrn Sanders überall in England 10 bis 11 Schill. mehr zahlt?“

Amerika.

New-York, 28. Februar. Die Uebersiedelungen nach Californien aus allen Staaten werden in diesem Jahre ungeheuer sein. An allen Enden rüstet man zum Abzuge; es werden mindestens in diesem Frühjahr 100,000 Emigranten ihre Reise nach dem neuen Peru antreten, theilweise durch Prairien, theilweise über Chagres und Panama. Die Nachrichten von dorthier klingen günstig, selbst wenn man von gewissen Uebertreibungen absteht. Die rasche Bevölkerung Californiens, die Organisation seiner Wildnisse zu einem republikanischen Staate ist abermals ein glänzender Beleg zur energischen Thatkraft unserer Nation und zur Tüchtigkeit unserer republikanischen Institutionen. Man schafft mit allem Eifer an den Vorarbeiten zur Errichtung einer Eisenbahn von hier nach San Francisco. Die Ausföhrung dieses Riesenplanes wird dem Ganzen die Krone aufsetzen. (Köln. 3.)

Bermischte Nachrichten.

Stettin, 3. April. Der Frühling will noch immer nicht kommen, der Schnee liegt zum Theil fest, in den Gräben und Hohlwegen hoch zum Bersten, 4 bis 8 Grad Kälte war in den letzten Tagen etwas Gewöhnliches, heute Morgen haben wir 4 Grad Kälte. Der Wasserstand hat die gewöhnliche Höhe erreicht.

— Die Wahl des Generals v. Brandt zur ersten Kammer scheint gesichert, über die des zweiten Kandidaten, den unser Bezirk zu wählen hat, kann man sich noch nicht einigen. Der Herr v. Bülow wäre geneigt zur Uebernahme eines Mandats, doch hat er selbst auf die Hindernisse hingewiesen, welche seine sonstige amtliche Stellung ihn bei Ausübung seiner Pflicht als Abgeordneter in den Weg legen kann. Der Graf Luckner, früher Führer des Treubundes, hat seinen Wunsch erklären lassen, hier für die erste Kammer gewählt zu werden, es sollen auch Empfehlungen dafür verfaßt worden sein, ohne daß hierüber die nöthige Klarheit gewonnen zu sein scheint. Es wurden in der gestrigen Vorversammlung von hier als Kandidaten die Herren Rahm (von der Gothaer Partei) Assessor v. Ramin und Assessor Kolbe, Kaufmann Goldammer, Stadtrath Moritz, der Präsident Selbsherr u. A. zum Vorschlage gebracht. Keiner von ihnen hat sich bis jetzt zur Annahme bereit erklärt, Andere haben es entschieden zurückgewiesen. Uebermorgen ist die Wahl.

— Das Dtscheblatt läßt das Echo der kölnischen und deutschen Zeitung über die Rede des Dir. Scheibert erlingen, natürlich nicht ohne beifolgenden Zusatz, wie denn Herr Scheibert seit dem Frühjahr 1848 jener Partei gar nicht mehr gefallen hat. Herr Scheibert wird sich hierüber so gut zu trösten wissen, als das Pferd in der Fabel über die Last der Mücke, die ihm auf dem Rücken saß.

Hierbei ein Provinzial-Anzeiger.

Pränumerations-Preis für Nicht-Abonnenten der Zeitung pro Monat 1 1/2 Sgr.; frei in's Haus; 2 1/2 Sgr.

Provinzial-Anzeiger.

Insertionspreis 6 pf. für die dreifache Petitzeile. Erscheint täglich, excl. der Sonn- und Festtage, Vormittags 11 Uhr.

Beilage zur Königlich privilegirten Stettinischen Zeitung.

No. 77.

Mittwoch, den 3. April.

1850.

Ausgabestellen: bei dem Destillateur Radtke, Vollenstraße No. 695, bei Louis Sahlfeldt, Oberwiel.

Einpasirte Fremde.

Vom 30. März.

Hotel de Russie. Administrator Schubert a. Idenhorst; Dr. phil. Baumgarten, Partikulier Meyer a. Posen; Lieutenant v. Berken, v. Wolff aus Gardelegen.

Hotel du Nord. Gutsbesitzer v. Ramin a. Ramin; Kaufleute Cohn, Fald aus Berlin.

Drei Kronen. Fabrikant Sandoz aus Chaux de Fond; Gutsbesitzer Freese aus Kerngrund; Kaufleute Kayser aus Rügenwalde, Wille aus Wusterhausen, Schwarz, Flügel aus Liegnitz, Pfugheil a. Chemnitz.

Den 1. April.

Hotel de Prusse. Partikulier v. Grohmann aus Berlin; Kaufleute Lamb, Taglion aus Glasgow, Bloch, Levy, Löwenstein, Hildebrand, Login aus Danzig.

Hotel de Russie. Schulamts-Kandidat Stein, Gymnasial-Baum aus Danzig.

Hotel du Nord. Gymnasial-Lehrer Lomelje aus Wittenberg; Kaufmann Login aus Hamburg; Lieutenant Hoffmann aus Stolp.

Partwig's Hotel. Prem.-Lieutenant v. Behn aus Stargard; Kaufleute Steffens aus Lütlich, Bartelt aus Berlin.

Drei Kronen. Gutsbesitzer v. Gostkowski a. Westpreußen; Kommerzienrathin Frege aus Leipzig; Kaufleute Franz aus Helgoland, Ellah a. Pelsingör, Jäger aus Messina, Wiske aus Berlin.

Officielle Bekanntmachungen.

Proclama.

Es ist auf das Aufgebot des nachstehenden, angeblich verloren gegangenen, über eine auf dem Hause No. 284 des Hypothekenbuches von Callies für den Krüger Heinrich Benzler zu Buchthal zufolge Verfügung vom 14ten Februar 1846 sub Rubr. III. No. 3 eingetragene Schuldpost von 310 Thlr. nebst 5 pCt. Zinsen lautenden Schuldokuments, bestehend aus der Agnitoria des Besitzers vom 18ten Juni 1848, dem Intabulationsantrage vom 26ten November 1845 und

Hypothekenscheine vom 14ten Februar 1846, Befehls der Löschung obiger Post angetragen worden.

Ein Jeder, der an der zu löschenden Post und das darüber ausgestellte Dokument als Eigenthümer, Cessionar, Pfand- oder sonstiger Briefs-Inhaber irgend einen Anspruch zu haben vermeint, wird aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Gerichte spätestens in dem nachstehend bekannt gemachten, auf den 17ten Mai c., Vormittags 10 Uhr, anberaumten Termine entweder in Person oder durch einen gesetzlich zulässigen Bevollmächtigten zu melden und seine Rechte näher nachzuweisen, widrigenfalls jeder Anspruch aus dem Dokumente für erloschen erklärt und die Post selbst gelöscht werden wird.

Callies, den 19ten Januar 1850.
Königl. Bezirksgericht.

Bekanntmachung.

Die Verschiffung des im laufenden Jahre von Colberg zu transportirenden Siedsalzes in ganzen, halben und viertel Tonnen, nämlich 75 Lasten nach Stolpmünde und 25 Lasten nach Leba, soll an den Mindestfordernden in Unternehmung gegeben werden.

Zu diesem Behufe werden zwei Licitationstermine abgehalten werden, und zwar der erste:

Freitag, den 19ten April d. J., Vormittags 10 Uhr, in dem Amtskafale des Königl. Haupt-Zollamtes zu Colbergmünde,

und der zweite:

Dienstag, den 23ten April d. J., Vormittags 10 Uhr, in der Geschäftshube des Königl. Steueramts zu Stolp,

zu welchen wir Unternehmungslustige mit dem Bemerken einladen, daß die Bedingungen des Unternehmens von jetzt ab bei dem Haupt-Steueramte zu Stettin, dem Haupt-Zollamte zu Colbergmünde und bei dem Steueramte zu Stolp eingesehen werden können.

Stolpmünde, den 28ten März 1850.

Königliches Haupt-Zoll-Amt.

Gerichtliche Vorladungen.

Proclama.

Auf den Antrag des Gastwirths Repls in Bieck und zur Begründung eines von demselben gestellten Indultgesuchs werden alle diejenigen, welche an das Vermögen desselben, in specie sein in Bieck belegenes Wohnhaus c. p. aus irgend einem Rechtsgrunde Ansprüche und Forderungen machen, aufgefordert, diese in einem der auf

den 16ten und 30ten April, sowie 14ten Mai, jedesmal Morgens 10 Uhr, anberaumten Termine glaubhaft anzumelden, bei Vermeidung des Ausschlusses.

Greifswald, den 23ten März 1850.

Königl. Kreis-Gericht; 1. Abtheilung.

(L. S.)

Dr. Tesmann.

Verkäufe beweglicher Sachen.

Ein ganz neues Mahagony-Klavier mit einer Metallplatte ist wegen Mangel an Raum zu verkaufen. Näheres in der Exped. d. Bl.

Anzeigen vermischten Inhalts.

Pensionaire finden Aufnahme beim

Dr. Beschmann, Lehrer a. Gymnasium, Pelzerstraße No. 803.

Bei dem hohen Wasser ist ein eichener Balken, A. W. gezeichnet, in meinem Garten geborgen, und kann der rechtmäßige Eigenthümer denselben innerhalb vier Wochen gegen Erstattung der Kosten in Empfang nehmen. Finkenwalde, den 29ten März 1850.

Eigenthums Gärtner J. Henry.

Lotterie.

Die resp. Interessenten der 101sten Lotterie werden hiermit ersucht, die Erneuerung zur 3ten Klasse spätestens bis den 4ten April c., Abends, als dem gesetzlich letzten Termin, bei Verlust ihres Anrechts, zu bewirken.

J. C. Kolin, J. Wilsnach.

Königl. Lotterie-Einnehmer.

Vermischtes.

Danzig, 27. März. Die Noth im überschwemmtenogat-Werder steigert sich, obgleich Hunderte von Menschen Tag und Nacht bemüht sind, das Fluthwasser zurückzuhalten und den gesegnetsten Theil jener Niederung vor dem drohenden Verderben zu bewahren; die Fluthen brechen sich immer weiter Bahn, und wie von Tag zu Tag der Streifen des festen Landes zwischen Meer, Weichsel undogat immer kleiner wird, so gewinnt der entstandene See immer mehr an Umfang, Tiefe und Gewalt. Auch die Dämme des mit so großen Kosten angelegten neuen Kanals, welcher die Weichsel mit dem Haff verbindet und im Mai d. J. eröffnet werden sollte, sind zum Theil durchbrochen, zum Theil abgeworfen, um dem Wasser Abfluß zu gewähren. Noth und Elend werden vermehrt durch Krankheiten, die unter Menschen und Vieh dort ausbrechen. (Dz. J.)

Marienburg, 27. März. Das Wasser ist 6 Zoll gefallen und steht jetzt 21 Fuß. Allem Anscheine nach hat sich das Eis oberhalb gefestigt. Gerade an der Ueberrähre ist eine Blänke, wodurch der Trajekt rasch und gut von flatten geht. Man ist noch immer sehr besorgt wegen eines Durchbruchs bei Sommerort und Jonasdorf im kleinen Werder; es wird daselbst Tag und Nacht von einer großen Menge Menschen gearbeitet.

Zilit. Im Jahre 1837 wanderte von hier ein Schlossergeselle, August Endrejat, nach Rußland, arbeitete dort auf größeren Gütern als Hofschlosser, bis er von einem Grafen, Casar Ronnecker, zu Quebein ins russische Militair verkauft wurde. Zehn lange Jahre diente er bei dem 5ten (Smolenski'schen) Husaren-Regiment, bis er endlich im Jahre 1848 Gelegenheit fand, am Kaukasus zu desertiren und nach Konstantinopel sich durchzuschleichen. Von da ging er nach Beirut und Jerusalem, und kam dann zu Schiff nach Triest, von wo aus er über Wien nach Ratibor ging und dann seinem Heimats-Orte zuellte. (D. R.)

Düsseldorf, 29. März. Wie es heißt, wird in etwa vier Wochen ein kleines Kavallerie-Manöver hier stattfinden, zu welchem drei Regimenter Landwehr-Cavallerie eingezogen werden sollen. Man erwartet zur Inspection dieser Truppen den Cavallerie-General von Wrangel.

Nachen, 30. März. Die Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft hat am 18. März General-Versammlung gehalten. Da Mitte dieses Jahres die erste fünfundsanzwanzigjährige Periode ihres Bestehens abläuft, so beschloß sie, dieselbe auf fernere 25 Jahre zu verlängern. Auch wurde der Rechnungs-Abschluß des vorigen Jahres vorgelegt. An Versicherungen waren in Kraft gewesen 482 Millionen Thaler, an Prämien eingenommen 901,613 Thlr., daran gewonnen 129,486 Thlr., an Zinsen gewonnen 70,514 Thlr. Die Reserve stellte sich auf 1,422,808 Thlr. Von dem Gewinne wurden 100,000 Thlr. für gemeinnützige Zwecke bestimmt. Aus dem vorjährigen Fonds dieser Art waren u. A. 34,000 Thlr. zur Unterstützung der Landwehr-Familien und 5000 Thlr. zur Beförderung der Leinenweberei verwandt worden. Zur Unterstützung der Ueberschwemmten waren in diesem Jahre bereits 5500 Thlr. ausgegeben. (Köln. J.)

— Ueber Excesse, welche von Soldaten der Hameln'schen Garnison in der Umgegend verübt sein sollten, wird der „J. f. N.“ aus Hannover gemeldet: „An einem der letzten Sonntage marschirten circa 20—22 Mann des in Hameln garnisontirenden Jägerbataillons (desselben, welches voriges Jahr in Hildesheim mit den Einwohnern in Streit gerieth) nach dem nahe gelegenen Dorfe Afferde, geben zuerst von einem Wirthshause ins andere, marschiren dann ins Dorf, zerschlagen ohne Weiteres das Fenster, an dem ein Greis von 72 Jahren, Lücke, sitzt, hauen ihn von außen über den Kopf, dringen darauf noch in seine Wohnstube und säbeln und schlagen ihn so lange, bis er leblos daliegt. Eine gleiche Behandlung widerfährt einem zweiten betagten Manne, ebenfalls in seiner eigenen Wohnung. Einen ruhig auf der durch den Ort führenden Gasse dahin wandernden Einwohner hauen sie ohne Veranlassung in Gegenwart eines Wachtmeisters der Garde du Corps, Behrens, nieder und mißhandeln ihn derartig, daß auch er dem Tode nahe liegt. Sogar ein blödsinniger junger Mensch, welcher Niemanden beleidigt, wird ein Opfer ihrer Wuth; sie hauen ihm durch die Hand. Außer diesen angeführten, sind noch mehr bedeutende Verwundungen vorgefallen.“

